



Stadtkanzlei

Rathaus, Marktgasse 58, CH-9500 Wil 2  
E-Mail stadtkanzlei@stadtwil.ch  
Telefon 071 913 53 53, Telefax 071 913 53 54

Zusammenfassung der Parlamentssitzung mit den Ergebnissen von heute Donnerstag, 5. Juli 2012

## Tagesstrukturen an den Schulen der Stadt Wil: Verlängerung der Projektphase um zwei Jahre genehmigt

Heute Donnerstag, 5. Juli 2012, hat das Wiler Stadtparlament eine zweijährige Verlängerung der Projektphase für die Tagesstrukturen an den Schulen der Stadt Wil genehmigt und hierfür einen Kredit von 900'424 Franken gesprochen. Sodann haben die Parlamentsmitglieder von den Investitionsplänen 2012–2016 der Technischen Betriebe Wil und der Stadt Wil ebenso Kenntnis genommen wie vom Zwischenbericht Schulraum Nord – Stand Provisorium und Stand definitive Lösung. Zudem wurden an der heutigen Parlamentssitzung zwei Teilzonenpläne genehmigt und eine Ersatzwahl in die Einbürgerungskommission für den Rest der Amtsdauer 2009-2012 vorgenommen.

36 von 40 Mitgliedern des Stadtparlaments waren an der Sitzung anwesend. Für die ganze Sitzung entschuldigt waren Marc Bachmann (FDP), Erwin Hauser (SVP), Juri Deffendi (SVP) und Patrick Bernold (CVP) und Christine Hasler (CVP; ab 19.30 Uhr). Zudem entschuldigte sich Stadträtin Barbara Gysi (SP; bis 17.10 Uhr).

### 1. Ersatzwahl für den Rest der Amtsdauer 2009-2012: Einbürgerungskommission

Infolge des Rücktritts von Patrick Lutz (SVP) aus dem Wiler Stadtparlament und damit aus der Einbürgerungskommission per 10. Mai 2012 wurde eine Ersatzwahl für den Rest der Amtsdauer 2009-2012 nötig. Gemäss Wahlvorschlag der SVP-Fraktion wurde Nathanael Trüb (SVP) einstimmig in diese ständige Siebnerkommission gewählt.

Parlamentspräsident Erwin Schweizer gratulierte dem gewählten Nathanael Trüb (SVP) zu seiner Wahl und wünschte ihm in seiner neuen Funktion viel Erfolg und Zufriedenheit.

### 2. Investitionsplan 2012 – 2016 der Technischen Betriebe Wil

#### a) Zusammenfassung des Berichts und Antrags des Stadtrats

Der Finanzplan der Technischen Betriebe Wil (TBW) mit den vier Geschäftsbereichen Elektrizität, Kommunikation, Erdgas sowie Wasser zeigt auf die finanzielle Lage und Entwicklung der einzelnen Werke auf. Der Fokus liegt dabei auf dem Erhalt einer sicheren und leistungsfähigen Versorgungsinfrastruktur unter Berücksichtigung einer weiterhin gesunden Finanzsituation. Die Investitionsplanung ist eine wichtige Grundlage hierfür, da damit die kontinuierliche Erneuerung des Leitungsnetzes sowie der technischen Anlagen geplant wird.



Seite 2

Im Investitionsplan 2012 – 2016 sind neben den üblichen Erneuerungsinvestitionen auch grosse Zukunftsinvestitionen enthalten:

- Elektrizitätsversorgung: Abschluss des Umbaus des Mittelspannungsnetzes auf 20 kV und erhöhte jährliche Investitionen für die Produktion erneuerbarer Energie
- Kommunikationsnetz: Erneuerung des Kommunikationsnetzes (Fibre to the home)
- Erdgasversorgung: Ausbau des 5bar-Netzes sowie ein Erdgasspeicher.
- Energetische Sanierung: Werkhof (2015)

Das Nettoinvestitionsvolumen beträgt jährlich rund 11 Mio. Franken, was im Bereich der Vorjahre liegt. Die Finanzierung soll primär aus selbst erarbeiteten Mitteln erfolgen.

Gemäss Gemeindegesetz liegt die Kompetenz für den Erlass des Finanzplans beim Stadtrat. Der Finanzplan wird vom Parlament zur Kenntnis genommen, wobei keine Änderungs- oder Ergänzungsanträge gestellt werden können. Mit der Beratung und Kenntnisnahme des Finanzplans bindet sich das Parlament nicht; es bleibt frei, zu einem späteren Zeitpunkt via Voranschlag oder Ausgabenbeschlüsse zu Einzelgeschäften neu zu entscheiden. Diese Ausführungen werden sinngemäss für den vorliegenden Investitionsplan angewendet.

Anträge des Stadtrats:

1. Es sei festzustellen, dass vom Investitionsplan 2012 – 2016 der Technischen Betriebe Wil Kenntnis genommen wurde.

b) Zusammenfassung des Kurzberichts der vorberatenden Kommission

Die siebenköpfige, ständige Geschäftsprüfungskommission GPK unter dem Vorsitz von Klaus Rüdiger (SVP) hat das Geschäft vorberaten. Eintreten war obligatorisch. In der Kommissionsberatung wurden insbesondere die Veränderungen durch Umstellung auf HRM2 sowie durch die Gemeindevereinigung, der Investitionsbedarf von Wil und Bronschhofen, vor allem neu aufgenommene Kreditbegehren und die Budgetrichtlinien 2013 diskutiert. Besprochen wurden sodann auch die Entwicklung des Personalaufwands, der Stellenplan 2013 und die Entwicklung der Steuererträge. Seitens der vorberatenden Kommission werden keine eigenen Anträge gestellt.

c) Eintretensdebatte

Eintreten auf dieses Geschäft war obligatorisch.

d) Detailberatung

Klaus Rüdiger (SVP), Präsident der Geschäftsprüfungskommission, zeigte einleitend auf, dass die vorgesehenen Investitionen im Rahmen der Vorjahre liegen. An der Bürgerversammlung im November 2012 werden vier Stellenbegehren zur Abstimmung gelangen. Alle Stellenbegehren seien aus Sicht der GPK nachvollziehbar, die GPK habe sich aber grundsätzlich Gedanken gemacht zum unternehmerischen Wachstum der TBW und zu deren Aufgabenbereich. Mit diesem Wachstum sei auch ein unternehmerisches Risiko verbunden. Zusammen mit dem Investitionsplan habe sich die GPK sodann auch die Frage gestellt, ob sich die TBW mit möglichen Veränderungen im Zusammenhang mit der Gemeindevereinigung respektive mit den Dorfkorporationen Bronschhofen ergeben können.



In die gleiche Kerbe schlug Susanne Hartmann (CVP). Sodann hielt sie namens ihrer Fraktion fest, dass die Zahlen ein solides und konstantes Bild zeigen und die Investitionen nachvollziehbar und plausibel seien. Augenfällig sei die Position «Fibre to the home» – hier sei die CVP gespannt auf den damit verbundenen und wohl bald zu erwarteten Bericht und Antrag.

Mario Bachmann (FDP) sprach der TBW ein Lob und einen Dank aus für den Beitrag, den sie mit ihrer Tätigkeit an den städtischen Haushalt leistet – dies sei nicht selbstverständlich, zumal die TBW insbesondere im Bereich Kommunikation auf einem umkämpften Markt tätig sei. Er warnte indes davor, dass diese Abgaben respektive die Kommunikations-Sonderabgabe an die Stadt zulasten nötiger Investitionen gehen könnten.

Sebastian Koller (Grüne, Junge Grüne & KulturfreundInnen) hielt namens der Fraktion GRÜNE prowil fest, die TBW stufe alle Investitionen als Entwicklungs-, nicht als Nachholbedarf ein. Dies beurteile man als positiv. Ebenfalls positiv beurteile man, dass sich die Investitionen in regelmässigen Tranchen auf die kommenden Jahre verteilen – dies zeuge von einer vorausschauenden Planung. Bedauerlich sei, dass die Gemeindevereinigung und deren Auswirkungen zu wenig berücksichtigt seien. Sicherlich seien diese Faktoren derzeit schwierig abzuschätzen, dennoch wünsche man sich auch hier einen Ausblick, insbesondere eine Risikoabschätzung.

Er teile alle vorgebrachten Voten grundsätzlich, so Stadtrat Andreas Widmer (Vorsteher des Departements Versorgung und Sicherheit). Sodann zeigte er auf, dass die TBW regelmässig auf eine neue Legislatur hin eine Strategie entwickle und so in die Zukunft plane – das gelte auch bezüglich Gemeindevereinigung respektive allfälliger Vereinigung mit anderen Versorgungsbetrieben in der Gemeinde Bronschhofen sowie bezüglich Kooperationen mit anderen Kabelnetzbetreibern. Hinsichtlich «Fibre to the home» verwies er auf gewisse Verzögerungen, stellte aber in Aussicht, dass die Vorlage voraussichtlich nach den Sommerferien für eine erste Lesung in den Stadtrat kommen werde.

#### e) Abstimmungen

Der Stadtrat unterbreitet dem Stadtparlament folgenden Antrag:

1. Es sei festzustellen, dass vom Investitionsplan 2012–2016 der Technischen Betriebe Wil Kenntnis genommen wurde.

*Parlamentspräsident Erwin Schweizer stellte Kenntnisnahme fest.*

### 3. Investitionsplan 2012–2016 der Stadt Wil

#### a) Zusammenfassung des Berichts und Antrags des Stadtrats

Der Finanzplan 2012–2016 zeigt die vorgesehene Entwicklung der Finanzen und Aufgaben der Stadt Wil auf und ist damit Instrument zur mittelfristigen Planung. Ihm kommt, im Gegensatz zum Voranschlag, keine verpflichtende oder ermächtigende Wirkung zu; er ist vielmehr ein Führungsinstrument für die Behörden. Dabei bildet die Investitionsplanung eine wichtige Grundlage für die Finanzplanung. Weitere Planungsgrundlagen sind die Bevölkerungsprognose (Wil: plus 180 Einwohnende pro Jahr; Bronschhofen: plus 70 Einwohnende pro Jahr), die Veränderung der Einfachen Steuer (während der Planungsperiode Zuwachs um 2,0 Prozent erwartet), der Steuerfuss (gleichbleibend 124 Prozent auch für 2013; ab 2014 mit Hinblick auf den Sportpark Bergholz Erhöhung auf 129 Prozent angezeigt), die Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen (Zuwachs von 0,5 Prozent erwartet) sowie die Schuldzinsbelastung (heute durchschnittliche Verzinsung von unter 1,5 Prozent; wesentlicher Zinsanstieg während der Planungsperiode nicht zu erwarten).



Zweistufiger Prozess: Damit der Finanzplan seiner Aufgabe als Führungsinstrument gerecht werden kann, ist aufgrund der speziellen Kompetenzordnung im Zusammenhang mit der Gemeindevereinigung einmalig ein zweistufiger Planungsablauf vorgesehen: Der Investitionsplan 2012–2016 der vereinigten Gemeinde Wil gibt, zusammen mit der Analyse der Ausgangslage sowie den Planungsgrundlagen für den Finanzplan 2013–2016, dem Stadtparlament einen Überblick über die Investitionsvorhaben der neuen Stadt Wil. Der Finanzplan 2013–2016 wird, basierend auf dem vom Konstituierungsrat verabschiedeten Budget 2013 sowie dem vom Stadtparlament beratenen Investitionsplan 2012–2016, erst im Herbst 2012 erstellt. Die Geschäftsprüfungskommissionen (GPK) von Wil und Bronschhofen wurden anfangs 2012 informiert und haben zustimmend vom zweistufigen Prozess Kenntnis genommen.

Umstellung auf HRM2: Im Kanton St. Gallen ist ab 2015 auf kantonaler und kommunaler Ebene eine Kontoplanumstellung von HRM1 auf HRM2 (harmonisiertes Rechnungsmodell) vorgesehen; die Stadt Wil engagiert sich bereits ab 2013 als Pilotgemeinde in diesem Prozess. Diese Umstellung, welche eine straffere und übersichtlichere Finanzberichterstattung zu Budget und Rechnung bringt, hat Auswirkungen auf den Finanzplanungsprozess der vereinigten Stadt Wil: Der bisherige nach Funktionen gegliederte Finanzplan ist nicht mehr kongruent mit der neuen Rechnungslegung nach HRM2. Die Voranschläge 2012 der Gemeinden Wil und Bronschhofen können folglich nicht als Datengrundlage für die Planjahre 2013–2016 herangezogen werden. Die GPKs von Wil und Bronschhofen wurden anfangs 2012 informiert und haben zustimmend von der Umstellung auf HRM2 Kenntnis genommen.

Eckwerte des Investitionsplans 2012–2016: Das Nettoinvestitionsvolumen beträgt insgesamt 101'669'000 Franken (Fr. 72'330'000 bewilligt durch frühere Beschlussfassung; Fr. 8'134'000 Genehmigung durch Voranschlag; Fr. 20'205'000 Genehmigung durch parlamentarische Vorlage; Fr. 1'000'000 Genehmigung durch Bürgerschaftsbeschluss). Die in der Planung vorgesehenen Investitionen enthalten in den Bereichen Bildung, Sport, Verkehr und Umwelt die grössten Positionen (zusätzlicher Schulraum; Gebäude energetisch optimieren; Realisierung des Sportparks Bergholz; Verkehrsentlastung Zentrum; Förderung des Veloverkehrs; Abwasser). Die Investitionen auf dem heutigen Gemeindegebiet Bronschhofen belaufen sich auf 7,150 Millionen Franken.

Verschuldung: Können die Investitionen nicht aus eigenen Mitteln finanziert werden, so erhöhen sich die Verschuldung und damit einhergehend auch die Amortisations- und Zinslasten. Betrug die konsolidierte Verschuldung der Gemeinde Wil und Bronschhofen Ende 2011 noch rund 1'650 Franken pro Einwohner, erhöht sie sich auf Ende der Planperiode auf rund 3'800 Franken. Der Durchschnitt aller St. Galler Gemeinden lag Ende 2010 bei 1'456 Franken pro Kopf.

Gemäss Gemeindegesetz liegt die Kompetenz für den Erlass des Finanzplans beim Stadtrat. Der Finanzplan wird vom Parlament zur Kenntnis genommen, wobei keine Änderungs- oder Ergänzungsanträge gestellt werden können. Mit der Beratung und Kenntnisnahme des Finanzplans bindet sich das Parlament nicht; es bleibt frei, zu einem späteren Zeitpunkt via Voranschlag oder Ausgabenbeschlüsse zu Einzelgeschäften neu zu entscheiden. Diese Ausführungen werden sinngemäss für den vorliegenden Investitionsplan angewendet.

Anträge des Stadtrats:

1. Es sei festzustellen, dass vom Investitionsplan 2012 – 2016 der Stadt Wil Kenntnis genommen wurde.

b) Zusammenfassung des Kurzberichts der vorberatenden Kommission

Die siebenköpfige, ständige Geschäftsprüfungskommission GPK unter dem Vorsitz von Klaus Rüdiger (SVP) hat das Geschäft vorberaten. Eintreten war obligatorisch. In der Kommissionsberatung wurden insbesondere die Veränderungen durch Umstellung auf HRM2 sowie durch die Gemeindevereinigung, der Investitionsbe-



Seite 5

darf von Wil und Bronschhofen, vor allem neu aufgenommene Kreditbegehren und die Budgetrichtlinien 2013 diskutiert. Besprochen wurden sodann auch die Entwicklung des Personalaufwands, der Stellenplan 2013 und die Entwicklung der Steuererträge. Seitens der vorberatenden Kommission werden keine eigenen Anträge gestellt.

#### c) Eintretensdebatte

Eintreten auf dieses Geschäft war obligatorisch.

#### d) Detailberatung

Klaus Rüdiger (SVP), Präsident der Geschäftsprüfungskommission, hielt fest, dass ein vom Finanzplan losgelöster Investitionsplan ein Novum sei – die Gemeindevereinigung und die Umstellung auf HRM2 bedinge dies. Bei letzterem sei Wil eine Pilotgemeinde, die Verwaltung partizipiere hier an einem ebenso spannenden wie auch fordernden kantonalen Prozess. Sodann seien die GPKs von Wil und Bronschhofen früh schon einbezogen worden in den Prozess zur Erarbeitung des ersten Budgets 2013 für die vereinigte Stadt Wil, welches an der Bürgerversammlung im November 2012 der Bürgerschaft vorgelegt werden wird. Inhaltlich erachte die GPK den Investitionsplan als plausibel und nachvollziehbar, ebenso die einzelnen vorgesehenen Investitionen. Der eher geringe Bronschhofer Anteil widerspiegeln das hohe Bronschhofer Investitionsniveau der vergangenen Jahre. Für das zweite Jahr der vereinigten Gemeinde werden Synergiegewinne erwartet – die GPK sei gespannt, wie ernst es den Behörden dannzumal mit der Realisierung dieser in Aussicht gestellten Synergien sein werde.

Die FDP-Fraktion zeigt sich befriedigt über den Bericht zum Investitionsplan 2013-2016 der Stadt Wil – unter anderem auch, weil darin die Netzer Ergänzung Grünastrasse enthalten sei, so Norbert Hodel (FDP). Eine zentrale Frage stelle sich bezüglich der Aussage des Stadtrats hinsichtlich der Steuererhöhung um 5 Prozent im Jahr 2014 vor dem Hintergrund der Realisierung des Sportparks Bergholz. Die FDP habe stets betont, dass sie eine Steuererhöhung für die Realisierung des Projektes gutheisse und unterstützen werde – die heutige konkrete Aussage über Zeitpunkt und Höhe scheine der FDP aber verfrüht. Hier gelte es die weitere Entwicklung abzuwarten. Norbert Hodel kritisierte sodann, dass sich der Investitionsplan stark am Agglomerationsprogramm orientiere: Werde dieses Programm tatsächlich gutgeheissen, so könne es ein wertvolles Führungsinstrument sein – was aber sei, wenn das Agglomerationsprogramm (wieder) abgelehnt werde?

Sebastian Koller (Grüne, Junge Grüne & KulturfreundInnen) begrüsst namens seiner Fraktion die Pionierarbeit, die die Stadt bezüglich HRM2-Einführung leiste – hier gebühre Finanzverwalter Reto Stuppan Dank und Anerkennung. Den Investitionsplan nehme man nicht gerade begeistert zur Kenntnis – die Befürchtungen der GRÜNEN pro Wil hätten sich bestätigt, dass das Grossprojekt Bergholz sich als finanzieller Bremsklotz für andere, kleinere, aber für die Attraktivität der Stadt Wil nicht minder wichtige Projekte auswirke. Beunruhigend sei zudem die unregelmässige Verteilung der Investitionen auf die einzelnen Planjahre – und vor allem auch der hohe Investitionsbedarf im Planjahr «später». Es gehe nicht an, dass man grosse Projekte einfach aus dem Planungshorizont hinausschiebe. Verschiedene Investitionen seien sodann als Nachholbedarf ausgewiesen – gerade hier gehe eine Verschiebung nicht an, wenn der Bedarf ausgewiesen sei.

Der Investitionsplan zeige eine stabile Haushaltslage auf, so Susanne Hartmann (CVP). Sie kritisierte namens der CVP-Fraktion, dass die vom Parlament bewilligten Mehrkosten für technische Mehrausstattungen im Sportpark Bergholz noch nicht enthalten seien. Auch der Anstieg der Verschuldung sei wenig erfreulich; es müsse vordringliches Ziel sein, dem entgegen zu wirken.

Dario Sulzer (SP), hielt namens seiner Fraktion fest, man sehe der Investitionsplanung an, dass «im Bergholz viel los» sei – viele gute und wichtige Massnahmen, auch aus dem Agglomerationsprogramm, würden auf spätere Jahre verschoben. Insbesondere erwähnte Dario Sulzer, dass die Aufwertung verschiedener zentraler, für das Leben in der Stadt wichtiger Plätze erst zu einem späten Zeitpunkt ins Auge gefasst worden seien: der



Seite 6

Bahnhofplatz Nord und Süd. Gerade mit Blick auf Sicherheit und Wohlbefinden seien gut gestaltete Plätze wichtig. Der sehr zentral gelegene Bleicheplatz sodann sei prädestiniert als attraktive Lage, auf der man sich begegnen könne und der Raum bietet für urbanes Wohnen und Dienstleistungen – derzeit präsentiere sich der Platz aber als reine Betonwüste. Die Neugestaltung sei zwar angedacht – aber erst in den kommenden Jahren.

Die SVP-Fraktion habe den Eindruck, dass im Zuge der Gemeindevereinigung die beiden Verwaltungseinheiten einfach in einer sehr pragmatischen Art und Weise zusammengeführt werden, so Mario Schmitt (SVP): Grosse Würfe zur Anpassung von Strukturen seien nicht auszumachen, was enttäuschend sei. Man habe die Vorgaben des Stadtrats hinsichtlich der finanziellen Kennzahlen wie etwa Ausgabenwachstum und weiterer Entwicklungen zur Kenntnis genommen – und wünsche den Behörden viel Erfolg, diese Masszahlen auch einzuhalten und zu erreichen.

Stadtrat Marcus Zunzer (Vorsteher des Departements Bau, Umwelt und Verkehr) beantwortete die in der Diskussion gestellten Fragen. So verwies er darauf, dass nicht einfach viele Projekte aus der Planungsperiode hinausgeschoben worden seien – dies ergebe sich daraus, dass das Agglomerationsprogramm zeitlich auf die Planungsphase des Investitionsplanes folge respektive teilweise versetzt sei. Bezüglich der Frage, was eine allfällige Ablehnung des Aggloprogramms seitens des Bundes bewirken würde, hielt Marcus Zunzer fest, dass der Stadtrat von diesem Programm überzeugt sei – es sei sorgfältig und fundiert ausgearbeitet worden. Klar sei aber: Würden die mit dem Aggloprogramm verknüpften Bundesgelder nicht zum Tragen kommen, so könnten natürlich nicht alle Projekte wie vorgesehen realisiert werden.

Stadtpräsident Bruno Gähwiler (Vorsteher des Departements Finanzen, Kultur und Verwaltung) griff die von Norbert Hodel kritisierten Angaben bezüglich einer Bergholz-bedingten Steuererhöhung auf: Der Stadtrat habe hierzu für den Investitionsplan eine Annahme treffen müssen – selbstverständlich obliege es dann zumal dem Stadtparlament, wie gewohnt über den Steuerfuss zu beraten und diesen konkret festzulegen.

#### e) Abstimmungen

Der Stadtrat unterbreitet dem Stadtparlament folgenden Antrag:

2. Es sei festzustellen, dass vom Investitionsplan 2012 – 2016 der Technischen Betriebe Wil Kenntnis genommen wurde.

*Parlamentspräsident Erwin Schweizer stellte Kenntnisnahme fest.*

## 4. Schulraum Nord – Stand Provisorium und definitive Lösung

#### a) Zusammenfassung des Berichts und Antrags des Stadtrats

Im Juli 2011 beantragte der Stadtrat dem Stadtparlament, das Projekt Neubau modulare Quartierprimarschule Nord gutzuheissen und dafür einen Kredit von 2'579'400 Franken zu erteilen. Die Frage der Notwendigkeit und Dringlichkeit des Raumbedarfs wurde vom Parlament nicht bestritten. Es wies die Vorlage aber an den Stadtrat zurück mit dem Auftrag, die neue Schule sei mit Blick auf die soziale Durchmischung in Zentrumsnähe zu platzieren. Dem Parlament war dabei klar, dass mit dieser Lösung, für sich allein genommen, noch kein Schritt in Richtung sozialer Durchmischung getan wäre. Dennoch sei diese Lösung richtig, da mit einem Ja zum Standort Städeli das aus Sicht des Parlaments wichtige Anliegen einer bestmöglichen sozialen Durchmischung an den Schulen für immer verbaut wäre. Der vorliegende Bericht und Antrag des Stadtrats zeigt nun



den zwischenzeitlichen Stand auf respektive welche Lösung der Schulrat als Provisorium vorsieht und welche Standorte für die definitive Lösung aus Sicht des Stadtrats in Frage kommen.

**Provisorium:** Für die organisatorische Aufrechterhaltung des Schulbetriebs muss auf Sommer 2012 eine räumlich zumutbare Alternative sichergestellt werden. Mit anderen Worten: Die weiterhin bestehende Schulraumnot ist mit einer räumlich angemessenen provisorischen Lösung zu überbrücken. Die provisorische Lösung dient dabei nicht dazu, eine soziale Durchmischung zu realisieren, sondern, die bestehende Raumnot im Kirchplatz-Schulhaus bis zur Realisierung der definitiven Lösung zu überbrücken.

Als erstes wurde ein befristeter Umzug ins Zeughaus Wil geprüft, was jedoch elternseits kritisiert wurde. Nach Informationsveranstaltungen und Workshops für Eltern sowie Besprechungen und Ortsterminen mit Lehrpersonen wurden vom Schulrat und von Eltern im Rahmen einer Ratingkonferenz insgesamt elf Standortoptionen für eine provisorische Lösung beurteilt. Dabei zeigte sich, dass aus Elternsicht vorrangig ist, die zur Überbrückung der Raumprobleme zusätzlich erforderlichen Räume innerhalb der Altstadt zu suchen. Die Varianten «Altstadt Maxi (drei geeignete Zusatzräume)» und «Altstadt Midi (zwei geeignete Zusatzräume)» wurden am besten bewertet; in der Altstadt konnte bisher jedoch nur ein Provisorium hinreichender Fläche für den «Ganzklassen-Unterricht» gefunden werden, an der Marktgasse 44. Aus heutiger Sicht muss aller Voraussicht nach statt einem zweiten grossen Raum auf zwei kleinere Zusatzräume für Halbklassenunterricht ausgewichen werden. Die Minimalvariante ist gesichert: Der Stadtrat hat einen Kredit «Einmietung an der Marktgasse 44» in Höhe von 2'800 Franken pro Monat, also 33'600 Franken pro Jahr befristet auf die drei Schuljahre Sommer 2012 bis Sommer 2015 bewilligt;

**Definitive Lösung:** Von dieser provisorischen Lösung zu unterscheiden ist die definitive. Derzeit wird eine erste Auslegeordnung möglicher zentrumsnaher Standortvarianten erstellt. Aus schulischer Sicht liegt dabei das Zentrum der Stadt Wil in der Schnittmenge der bestehenden Zentrumsschulkreise, welche für Primarschulkinder maximale Fusswege von 1 km vorsehen. Gemäss einer ersten, noch unvollständigen Auslegeordnung kommen folgenden Lösungen in Frage:

- Erwerb / Umnutzung einer Altstadtliegenschaft z. B. Haus «Harmonie»; Gerichtshaus
- Prüfung Umnutzung Teile der Liegenschaft «Zum Turm»
- Bauliche Erweiterung der Primarschule Klosterweg
- «Parkplatz Rudenzburg»
- Areal Personalhaus Spital
- Paradiesli

Diese und mögliche weitere Standortideen werden auf ihre Vollständigkeit hin geprüft und neben der Lage auch auf funktional-pädagogische Aspekte geprüft, etwa Raumqualität, Gebrauchsqualität und emotionale Qualität der Schule. Vorgesehen ist, dass der Stadtrat dem Parlament auf Antrag des Schulrats im Verlaufe des Kalenderjahrs 2013 einen Favoriten zur Genehmigung unterbreiten kann. Gleichzeitig soll dann die Freigabe des nötigen Projektierungskredits beantragt werden, um die Projektierungsarbeiten auslösen zu können.

Anträge des Stadtrats:

1. Es sei festzustellen, dass vom vorliegenden Bericht Kenntnis genommen wurde.

b) Zusammenfassung des Kurzberichts der vorberatenden Kommission

Eine nichtständige Siebner-Kommission unter dem Vorsitz von Adrian Bachmann (FDP) hat das Geschäft an einer Sitzung vorberaten. Eintreten war dabei einstimmig beschlossen worden. Schwerpunkte der Kommissionsberatung waren der Prozess respektive das weitere Vorgehen bezüglich Schulraum Nord nach dem Par-



Seite 8

lamentsentscheid vom 7. Juli 2011, der Stand der provisorischen Lösung mit einer Besichtigung des Schulraums an der Marktgasse 44 sowie der Stand der Abklärungen bezüglich eines definitiven Standorts.

Seitens der vorberatenden Kommission werden keine eigenen Anträge gestellt. Die Kommission stimmt dem Antrag des Stadtrats bezüglich Kenntnisnahme einstimmig zu.

#### c) Eintretensdebatte

Eintreten war nicht bestritten, sodass Parlamentspräsident Erwin Schweizer Eintreten zum Beschluss erhob.

#### d) Detailberatung

Adrian Bachmann (FDP), Präsident der vorberatenden Kommission, zeigte die Geschichte dieser Vorlage auf: Vor gut einem Jahr habe das Parlament das Projekt «Neubau modulare Quartierprimarschule Nord» an den Stadtrat zurückgewiesen – ein Entscheid, welcher die Wiler Bevölkerung sehr stark bewegt habe und schliesslich auch eine (zustande gekommene) Volksinitiative ausgelöst habe. Insbesondere das ursprünglich ins Auge gefasste Provisorium Zeughaus habe damals viel zu Reden gegeben. Er hielt sodann korrigierend fest, dass die damalige Rückweisung nicht einzig unter dem Aspekt der sozialen Durchmischung erfolgt sei. Auch bauliche, energetische, architektonische und raumplanerische Argumente seien in den damaligen Entscheid eingeflossen, ebenso das Anliegen, dass Kinder aus einem Quartier einen gemeinsamen Schulweg haben. Und nicht zuletzt sei auch eine Anbindung an ein bestehendes Schulhaus wünschenswert, um Synergien zu nutzen. Adrian Bachmann verwies sodann auf die Lösungen, welche als Provisorium und als mögliche Standorte eines Definitivums vorgesehen seien.

Stadträtin Marlis Angehrn (Vorsteherin Departement Bildung und Sport) hielt fest, dass das nun vorgesehene Provisorium in enger Zusammenarbeit mit den Eltern erarbeitet worden sei; man habe positive Rückmeldungen zu dieser Lösung erhalten – die Eltern sehen ihre Anliegen erst genommen und umgesetzt. Damit sei aber nur die Frage der zwingend und dringend notwendigen Übergangslösung beantwortet – die definitive Lösung sei nun in einem weiteren Projekt noch erarbeitet werden.

Die SP begrüsse sowohl das Provisorium als auch die vorgeschlagene Liste der möglichen Standorte für ein Definitivum: Letztere würden alle im Zentrum der neuen Gemeinde liegen, so Silvia Ammann (SP). Dies ermögliche auch eine flexiblere Zuteilung von Schülerinnen und Schülern zu den einzelnen Schulhäusern – etwas, was mit einem peripheren Schulhaus nicht möglich wäre. Die SP stehe daher nach wie vor hinter dem Kommissionsentscheid zu einer zentralem Schulhaus-Lösung.

Reto Gehrig (CVP) begrüsst namens der CVP den nun vorliegenden Zwischenbericht. Es sei positiv, dass das Schiff nun wieder in ruhigerem, sachlicherem Gewässer gelangt sei. Die provisorische Lösung erlaube nun eine gute Weiterführung des Schulbetriebs für die nächsten paar Jahre – damit sei der erste Druck weg, es gebe Raum und Zeit für die Suche nach einer definitiven Lösung. Dennoch: Der Bedarf sei ausgewiesen, das Anliegen dürfe trotz zahlreicher anderer Projekte nun nicht auf die lange Bank geschoben werden. Er regte sodann an, dass der Stadtrat einen Gegenvorschlag zur «Schulhaus-Initiative» ausarbeite und vorlege – so gebe es einen konkreten Anhaltspunkt, über den man befinden könne.

Norbert Hodel (FDP) erkundigte sich, ob schon ein Zeitplan bekannt sei für das weitere inhaltliche und zeitliche Vorgehen bezüglich besagter Initiative. Stadträtin Marlis Angehrn verwies darauf, dass dieses weitere Vorgehen in der Gemeindeordnung geregelt sei.

Guido Wick (GRÜNE prowil) hielt namens seiner Fraktion fest, dass mit diesem Zwischenbericht der Auftrag des Parlaments aus der Dezembersitzung 2011 noch nicht erfüllt sei: Damals sei das Projekt zurückgewiesen und die Bedingung gestellt worden, es sei zuerst ein konkreter definitiver Standort zu nennen, ehe ein Projektierungskredit erneut beantragt werden solle. Sodann verwies er auf die Initiative: Es gehe nicht an,



dass ein solches Volksbegehren einen Planungsprozess ins Stocken bringen könne – man wünsche sich, dass der Stadtrat in dieser Angelegenheit zügig vorwärts mache, um auch ein Zeichen gegenüber der Stimmbewölkerung zu setzen.

Wenn die Initiative dazu geführt habe, dass nun so viel Zeit verstrichen sei bis zu einem Provisorium, so tue ihr dies leid, hielt Erika Häusermann (glp) fest: Dabei sei doch sehr wohl ausreichend Zeit gewesen, ein würdiges Provisorium zu finden und auch einzurichten. Scheinbar habe die Schulverwaltung leider infolge der Einreichung der Initiative keinen klaren Kopf mehr gehabt hierfür. Nun habe man lediglich ein «Provisorium eines Provisoriums», das sei insbesondere für die Schülerinnen und Schüler schade. «Ich bin sicher: Wenn wir die Eltern fragen, die zusammen mit der Schulverwaltung an diesem Prozess beteiligt gewesen sind, so werden sie der Schulverwaltung sehr wohl einen klaren Kopf in diesem Prozess attestieren», hielt Stadträtin Marlis Angehrn hierzu kurz und knapp fest.

#### e) Abstimmungen

Der Stadtrat unterbreitet dem Stadtparlament folgenden Antrag:

1. Es sei festzustellen, dass vom vorliegenden Bericht Kenntnis genommen wurde.

*Parlamentspräsident Erwin Schweizer stellte Kenntnisnahme fest.*

### 5. Tagesstrukturen Schulen der Stadt Wil – Verlängerung Projektphase

#### a) Zusammenfassung des Berichts und Antrags des Stadtrats

Das Stadtparlament bewilligte am 7. September 2006 einen Kredit von netto 1'753'830 Franken für ein Tagesstruktur-Projekt während sechs Schuljahren, also für die Zeit bis Sommer 2013. Die Tagesstrukturen setzen sich dabei aus einem gesetzlich vorgeschriebenen Angebotsteil (Betreuer Mittagstisch Primar- und Oberstufe; gebundene Ausgaben) sowie einem nicht gesetzlich vorgeschriebenen Angebotsteil (frühe Vormittagsbetreuung und Primarstufen-Betreuung am Nachmittag; nicht gebundene Ausgaben) zusammen. Damit konnten ab August 2007 die bestehenden drei, aus privater Initiative entstandenen Mittagstische durch ein institutionalisiertes städtisches Angebot abgelöst werden. Auf Schuljahresbeginn 2008/09 erfolgte eine Anpassung des Tagesstrukturangebots an die kantonale Blockzeitenregelung. Am 27. August 2009 wurde vom Stadtparlament für vier Schuljahre eine bedarfsgerechte Angebotsausweitung einschliesslich Oberstufe und Kinderhort, in personeller und räumlicher Hinsicht, nicht aber bezüglich der Öffnungszeiten gutgeheissen. Diese Ausweitung wurde nach einem Ratsreferendum der Stimmbewölkerung am 7. März 2010 an der Urne vorgelegt, wo sie abgelehnt wurde. Die Tagesstrukturen wurden daraufhin wie ursprünglich vorgesehen fortgeführt, lediglich der gesetzlich vorgeschriebene Teil wurde der Nachfrage angepasst.

Unter Berücksichtigung der Auswirkungen des Volksentscheids vom 7. März 2010 (Nein zur Angebotsausweitung) sowie der ab 1. Januar 2013 vollzogenen Gemeindevereinigung Wil-Bronschhofen schlägt der Stadtrat vor, den Projektstatus um weitere zwei Schuljahre fortzuführen und auf die Zeit von Sommer 2013 bis Sommer 2015 auszuweiten. Dabei sollen die bisherigen personellen und finanziellen Rahmenbedingungen nach Vorgabe der Rechnung 2011 beibehalten werden. Dies ergibt Kosten von gerundet 450'212 Franken netto pro Schuljahr (ohne Mietaufwand), was für zwei Schuljahre einen Betrag von 900'424 Franken ergibt. Die definitive Etablierung des Projekts ab Sommer 2015 soll sodann im Verlaufe des Kalenderjahrs 2014 dem Parlament der vereinigten Gemeinde zur Entscheidung vorgelegt werden, dies unter Darlegung der Bedürfnisse auf dem gesamten Gebiet der neuen Stadt Wil.



Seite 10

#### Anträge des Stadtrats:

1. Für die Verlängerung der Projektphase der Tagesstrukturen um zwei weitere Schuljahre ab dem 1. August 2013 bis zum 31. Juli 2015 sei ein Kredit von netto Fr. 900'424.-- zu bewilligen.

#### b) Zusammenfassung des Kurzberichts der vorberatenden Kommission

Eine nichtständige Siebner-Kommission unter dem Vorsitz von Roman Habrik (FDP) hat das Geschäft an einer Sitzung vorberaten. Eintreten war dabei bei zwei Enthaltungen mit fünf Ja-Stimmen beschlossen worden. Schwerpunkte der Kommissionsberatung waren die Vorstellung der Vorlage, und eine Kurzberichterstattung aus der bisherigen Projektphase. Erörtert wurden sodann die Auswirkungen der Gemeindevereinigung auf den Zeitplan der definitiven Etablierung sowie eine angemessene Frist zur allfälligen Ausweitung auf dem gesamten Gebiet der vereinigten Gemeinde.

Seitens der vorberatenden Kommission werden keine eigenen Anträge gestellt. Die Kommission stimmt dem Antrag des Stadtrats mit fünf Ja- zu zwei Nein-Stimmen zu.

#### c) Eintretensdebatte

Eintreten war nicht bestritten, sodass Parlamentspräsident Erwin Schweizer Eintreten zum Beschluss erhob.

#### d) Detailberatung

Roman Habrik (FDP), Präsident der vorberatenden Kommission, zeigte einleitend das Projekt Tagesstrukturen an den Schulen der Stadt Wil sowie die Themen der Kommissionsdiskussion auf. Dabei verwies er insbesondere darauf, dass das Ende der Projektphase auf Sommer 2013 angesichts der Gemeindevereinigung zu einem ungünstigen Zeitpunkt erfolge. Eine Ausdehnung des Angebots auf das gesamte Gemeindegebiet bedinge eine vorgängige Bedürfnisabklärung – dies sei aber in der Zeit von Januar bis Sommer 2013 nicht in der nötigen Sorgfalt möglich. Und als Stadtparlament Wil bereits jetzt für die Zeit nach Sommer 2013 zu entscheiden hiesse, Entscheide auch für Bronschhofer und Rosrüter Familien zu fällen, was kaum sinnvoll sei. Eine Verlängerung der Projektphase um zwei Jahr bis Sommer 2015 sei in der Kommission positiv aufgenommen und unterstützt worden.

Die SP unterstütze den Antrag des Stadtrats, so Silvia Ammann (SP): Das Projekt Tagesstrukturen ermögliche eine bessere Abstimmung von Familien- und Erwerbsleben und sei deshalb sehr sinnvoll. Etwas schwierig sei indes, dass es in der vereinigten Gemeinde anfänglich unterschiedliche Angebote geben werde – in Wil gebe es die Tagesstrukturen, in Bronschhofen einen Mittagstisch. Dennoch verzichte die SP auf einen Antrag, um die Projektverlängerung nicht zu gefährden.

Auch die CVP-Fraktion unterstütze die Projektverlängerung – die Tagesstrukturen seien wichtig für die Stadt Wil und ein wertvolles Angebot, hielt Christine Hasler (CVP) fest.

Daniel Zäch (SVP) hielt namens der SVP fest, dass der ursprünglich vorgesehene Projektrahmen von sechs Jahren durchaus ausreichend sei, um genügend Erkenntnisse für einen definitiven Entscheid zu sammeln. Eine Verlängerung der Projektphase sei lediglich ein Hinausschieben der fälligen Entscheide, ein Mehr an Erkenntnissen oder Entscheidungsgrundlagen sei auch nach weiteren zwei Jahren nicht zu erwarten. Die SVP-Fraktion spreche sich daher gegen den Antrag des Stadtrats aus.



Seine Fraktion unterstützen den Antrag des Stadtrats auf Projektverlängerung, führte Luc Kauf (GRÜNE prowil) fest: Die Bedeutung des Angebots sei ausgewiesen. Es sei aber schade, dass das Wiler Angebot nicht unmittelbar auch auf das Bronschhofer Gebiet ausgedehnt werde.

Die FDP-Fraktion stimme dem stadträtlichen Antrag grossmehrheitlich zu, so Norbert Hodel (FDP). Diese Verlängerung eröffne die Möglichkeit, im Juli 2015 dann definitiv über das weitere Vorgehen bezüglich der Tagesstrukturen zu diskutieren. Sodann regte er an, einmal als kreativen Ansatz über eine einheitliche „Gesamt-Mittagsschule“ in Wil nachzudenken, um so aus einem neuen Blickwinkel allenfalls neue Ideen und Erkenntnisse zu gewinnen.

Stadträtin Marlis Angehrn (Vorsteherin des Departements Bildung und Sport) zeigte noch einmal den zeitlichen Rahmen des Projektes und auch der dafür notwendigen politischen Prozesse auf: Die Beibehaltung der ursprünglichen sechsjährigen Phase würde bedeuten, dass das Parlament der heutigen Stadt Wil im Kalenderjahr 2012 über eine definitive Etablierung der Tagesstrukturen und dessen finanziellen Rahmenbedingungen mit entscheidender Relevanz für die heutigen Bronschhofer und Rossrütner Familien und deren Bedürfnisse beschliessen würde, dies notabene ohne vorgängig eine seriöse Bedarfsabklärung in Bronschhofen unter Einbindung der in der vereinigten Gemeinde zuständigen Behörden durchgeführt zu haben.

#### e) Abstimmungen

Der Stadtrat unterbreitet dem Stadtparlament folgenden Antrag:

1. Für die Verlängerung der Projektphase der Tagesstrukturen um zwei weitere Schuljahre ab dem 1. August 2013 bis zum 31. Juli 2015 sei ein Kredit von netto Fr. 900'424.-- u bewilligen.

*Der Antrag des Stadtrats wurde grossmehrheitlich angenommen.*

## 6. Teilzonenplan «Städeli»

*Für die Beratung dieses Geschäfts traten Reto Gehrig (CVP) und Christoph Gehrig (CVP) in den Ausstand.*

#### a) Zusammenfassung des Berichts und Antrags des Stadtrats

Im November 2010 beziehungsweise März 2011 beantragte Otto Gehrig, Wuppenau, die Umzonung seines Grundstücks Parz. Nr. 1196, Neugruben, von der Zone für öffentliche Bauten und Anlagen (ÖBA) in eine Wohnzone. Das Gesuch wird im Wesentlichen damit begründet, dass im kommunalen Richtplan der Stadt Wil eine entsprechende Änderung bereits vorgesehen sei. Der Gesuchsteller beabsichtigt, möglichst bald ein Bauprojekt auf diesem Grundstück zu realisieren.

Am 26. August 2010 hat das Stadtparlament den kommunalen Richtplan genehmigt. Dieser sieht eine Erweiterung für Wohnzwecke im Plangebiet vor, das heisst eine Umzonung von der ÖBA in die Wohnzone soll überprüft werden. Die materielle Beurteilung hat ergeben, dass im vorliegenden Fall das Grundstück nicht mehr für öffentliche Zwecke benötigt wird; das Grundstück Parz. Nr. 1196 kann demnach aus der ÖBA entlassen werden, zumal auch die anderen Kriterien für das Erlassen eines Teilzonenplans erfüllt sind.

Der Stadtrat hat den Teilzonenplan «Städeli» am 21. September 2011 genehmigt. Die öffentliche Planaufgabe erfolgte vom 4. Oktober 2011 bis 2. November 2011. Innert der Auflagefrist gingen keine Einsprachen ein. Der Teilzonenplan bedarf sodann der Genehmigung durch das Baudepartement des Kantons St.Gallen. Die-



Seite 12

ses hat sich am 1. September 2011 im Rahmen des Vorprüfungsverfahrens positiv zum Teilzonenplan geäussert.

Anträge des Stadtrats:

1. Der Teilzonenplan «Städeli» (Grundstück Nr. 1196) sei zu genehmigen.
2. Es sei festzustellen, dass der zustimmende Beschluss zu Ziffer 1 gemäss Art. 9 Abs. 1 lit. c Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum untersteht.

b) Zusammenfassung des Kurzberichts der vorberatenden Kommission

Die siebenköpfige, ständige Bau- und Verkehrskommission BVK unter dem Vorsitz von Luc Kauf (GRÜNE prowil) hat das Geschäft an zwei Sitzungen vorberaten, wobei Reto Gehrig (CVP) in den Ausstand trat. Eintreten war in der Kommission mit sechs Ja-Stimmen beschlossen worden. In der Kommissionsberatung wurden insbesondere die zeitliche Abfolge der Zonierung und der Grundstückbesitzer in Bezug auf eine Mehrwertabschöpfung erörtert. Diskutiert wurden sodann auch die Kriterien des Stadtrats für einen Teilzonenplan hinsichtlich der anstehenden Totalrevision des Zonenplans sowie die zukünftige Zonierung und die Notwendigkeit, die fragliche Umzonung vorzuziehen.

Seitens der vorberatenden Kommission werden keine eigenen Anträge gestellt. Die Kommission stimmt dem Antrag 1 des Stadtrats mit fünf Ja- zu einer Nein-Stimme zu. Der Antrag 2 wird mit sechs Ja- zu null Nein-Stimmen ebenfalls gutgeheissen.

c) Eintretensdebatte

Erika Häusermann (glp) stellte Antrag auf Nichteintreten, da es jetzt der falsche Zeitpunkt für einen solchen Teilzonenplan sei: Es bestehe die Gefahr, dass im Zuge einer Umzonung neue Besitzverhältnisse entstehen können, welche ein – allfälliges – Schulhaus Nord mit Einsparungen auf Jahre hinaus verzögern könnten. Es sei daher die Volksabstimmung zur Schulhaus-Initiative und damit ein definitiver Entscheid bezüglich des besagten Schulhauses abzuwarten.

Luc Kauf (GRÜNE prowil), Präsident der Bau- und Verkehrskommission BVK, sprach sich für Eintreten aus.

Guido Wick (GRÜNE prowil) machte beliebt, das Geschäft mit dem Auftrag zurückzuweisen, zuerst die Zonenplanung respektive deren Rechtskraft abzuwarten. Er sicherte die Unterstützung der GRÜNEN prowil für einen solchen Rückweisungsantrag zu. Stadtrat Marcus Zunzer (Vorsteher des Departements Bau, Umwelt und Verkehr) hielt fest, dass eine Rückweisung mit ebendiesem Auftrag keinen Sinn mache – falls erst Rechtskraft des Zonenplans abzuwarten sei, so müsse dannzumal nicht mehr auf einen Teilzonenplan zurückgekommen werden. Zudem sei die gesamte Landfläche genügend gross, um auch nach einer Umzonung ein allfälliges Schulhaus Nord noch realisieren zu können.

*Eintreten auf die Vorlage wurde grossmehrheitlich beschlossen.*

d) Detailberatung

Luc Kauf (GRÜNE prowil), Präsident der Bau- und Verkehrskommission BVK, hielt einleitend fest, dass nicht mehr die gesamte Fläche für öffentliche Bauten benötigt werde; der für ein allfälliges Schulhaus Nord notwendige Platz sei davon nicht betroffen. Die Bedingungen, welche der Kanton hinsichtlich einer Umzonung



aus der Zone für Öffentliche Bauten und Anlagen stelle, seien erfüllt. Dahingehend habe sich der Kanton auch in der Vorprüfung geäussert.

Stadtrat Marcus Zunzer bezog sich auf gewisse zeitliche Komponenten solcher Teilzonenpläne respektive auf deren Einbettung in den Prozess der aktuell laufenden Nutzungsplanung: Die Überarbeitung des Zonenplans sei in Gange – dieser Prozess werde aber im besten Fall erst 2015 oder realistischer erst 2017 abgeschlossen. Diesen Zeitpunkt abzuwarten hiesse, Bauvorhaben zu blockieren und gewünschte Entwicklungen zu verzögern. Mit einem Teilzonenplan könne eine solche Blockierung verhindert werden.

Ruth Frick (CSP) griff diese Argumentation namens der CVP-Fraktion auf und unterstützte sie.

Beim Teilzonenplan «Städeli» gehe es um die Frage, ob im Zuge der Zonenplan-Totalrevision noch Teilzonenpläne erlassen werden sollen, so Bruno Ressegatti (GRÜNE prowil). Dabei verwies er auf ein Gesetz, das im Kanton Thurgau bereits angenommen und im Kanton St. Gallen diskutiert werde. Dieses Gesetz sehe eine Besteuerung desjenigen Mehrwerts vor, der einem Grundstückeigentümer infolge einer Um- oder Aufzoning zufalle. Wieso die Stadt – ihren Steuerzahlern zuliebe – nicht abwarten wolle, bis ein solches Gesetz auch im Kanton St. Gallen wirksam werde? Bruno Ressegatti liess in diesem Zusammenhang den Begriff «Wiler Filz» fallen – es gehe nicht an, gewisse Einzelinteressen gegenüber den Interessen der Allgemeinheit vorzuziehen. Dies liess Stadtrat Marcus Zunzer nicht gelten: Der Stadtrat habe ganz bewusst allgemeine Kriterien aufgestellt, welche konsequent für alle allfälligen Gesuche um einen Teilzonenplan zur Anwendung gelangen – gänzlich unabhängig von Gebiet oder Person. Guido Wick (GRÜNE prowil) kritisierte diese Kriterien, da sie in einem Rat erarbeitet worden seien, in dem drei von fünf Sitzen von CVP-Mitgliedern besetzt seien. Es sei «bekanntlich schwierig, sich abzugrenzen, je näher man jemandem sei», verwies Guido Wick mit Blick auf den Besitzer des fraglichen Grundstückes. Dabei sei doch im Gegenteil ganz konsequent Abstand zu nehmen von jedwelchen Sympathien, wenn es um eine Umzoning gehe, die jemandem einen deutlichen finanziellen Vorteil bringen könne.

Eva Noger (GRÜNE prowil) sprach sich gegen den Teilzonenplan aus – es sei besser, das Landstück für die Stadt zu sichern, als es jetzt mit einem Teilzonenplan zur Überbauung freizugeben.

Dass drei CVP-Mitglieder im Stadtrat seien, sei eine Tatsache – alles andere sei aber spekulativ, auch die jetzt geäusserten Hinweise hinsichtlich einer möglichen Bevorzugung von Einzelnen bei diesem Geschäft oder Hinweise auf das noch in Beratung befindliche Gesetz bezüglich Mehrwertabschöpfungen bei Grundstücksgeschäften, kritisierte Klaus Rüdiger (SVP). Diese Kritik liess Guido Wick (GRÜNE prowil) nicht gelten – das Gesetz sei alles andere als spekulativ, sondern durchaus sehr konkret.

#### e) Abstimmungen

Der Stadtrat unterbreitet dem Stadtparlament folgenden Antrag:

1. Der Teilzonenplan «Städeli» (Grundstück Nr. 1196) sei zu genehmigen.

*Der Antrag des Stadtrats wurde mit 20 Ja- zu 12 Nein-Stimmen bei einer Enthaltungen angenommen.*

2. Es sei festzustellen, dass der zustimmende Beschluss zu Ziffer 1 gemäss Art. 9 Abs. 1 lit. c Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum untersteht.

*Parlamentspräsident Erwin Schweizer stellte dies fest.*



## 7. Teilzonenplan «Parz. Nr. 1132»

Für die Beratung dieses Geschäfts trat Ruedi Schär (CVP) in den Ausstand.

### a) Zusammenfassung des Berichts und Antrags des Stadtrats

Mit Schreiben vom 2. Mai 2011 beantragte die Ortsgemeinde Wil, das Grundstück Parz. Nr. 1132 an der Toggenburgerstrasse sei von der viergeschossigen Wohnzone (W4) und der Zone für öffentliche Bauten und Anlagen (ÖBA) in die dreigeschossige Wohn-Gewerbe-Zone (WG3) umzuzonen. Das Gesuch wird im Wesentlichen damit begründet, dass die Coop Mineralöl AG beabsichtige, den Coop Pronto Shop gegen Norden zu vergrössern. Der Grund für die geplante Erweiterung liege in erster Linie am seit einiger Zeit herrschenden grossen Platzproblem.

Am 26. August 2010 hat das Stadtparlament den kommunalen Richtplan genehmigt. Dieser sieht eine Erweiterung für Mischnutzungen im Plangebiet vor. Gebiete für Mischnutzungen eignen sich für Wohnen, Dienstleistungen, Kleingewerbe und teilweise Handel. Die Gebiete entlang der Hauptachsen stellen das grösste Potential für verdichtete Mischgebiete dar, da sie sich damit städtebaulich betonen lassen. Die bestehende Coop Tankstelle mit Shop ist heute in der viergeschossigen Wohnzone (W4) nicht zonenkonform. Es ist daher eine Umzonung in eine Zone anzustreben, in der neben Wohnbauten auch mässig störende Gewerbebetriebe zulässig sind.

Im November 2008 hat die Ortsgemeinde Wil einen Grossteil des nördlich ans Plangebiet angrenzenden Grundstücks Parz. Nr. 1058 für die Erstellung des RLZ Ostschweiz an die Stadt Wil verkauft. Die verbleibende Restfläche des Grundstücks Parz. Nr. 1058 von 605 m<sup>2</sup> wurde in der Folge mit dem Grundstück Parz. Nr. 1132 (Plangebiet) vereinigt; damit verläuft die Zonengrenze durch das Grundstück Parz. Nr. 1132. Mit der Erstellung des RLZ Ostschweiz ist die Zone für öffentliche Bauten und Anlagen entlang der Toggenburgerstrasse vollständig überbaut. Die geringfügige Restfläche im Plangebiet wird somit für öffentliche Nutzungen nicht mehr benötigt. Diese Teilfläche kann aus der ÖBA entlassen werden.

Der Stadtrat hat den Teilzonenplan «Parz. Nr. 1132» am 1. Februar 2012 genehmigt. Die öffentliche Planauflage erfolgte vom 22. Februar 2012 bis 22. März 2012. Innert der Auflagefrist gingen keine Einsprachen ein.

Der Teilzonenplan «Parz. Nr. 1132» bedarf der Genehmigung durch das Baudepartement des Kantons St.Gallen. Das Baudepartement, Amt für Raumentwicklung und Geoinformation (AREG), hat sich am 6. Januar 2012 im Rahmen des Vorprüfungsverfahrens zum Teilzonenplan im Wesentlichen wie folgt geäussert: «Das AREG habe auf eine entsprechende Anfrage hin schon im März 2009 festgestellt, dass eine Tankstelle mit Shop weder in der viergeschossigen Wohnzone W4 noch in einer ÖBA zonenkonform ist. Eine Überprüfung der Zonierung - zumal entlang der vielbefahrenen Toggenburgerstrasse - sei somit sicher angezeigt. Das Gesetz verlange indes auch, dass Anpassungen aus einer Gesamtbetrachtung heraus beurteilt werden und sich nicht auf ein einzelnes Interesse abstützen. Im konkreten Fall müssten nach Meinung des AREG auch die mit einer Umzonung verbundenen städtebaulichen Auswirkungen und allenfalls lenkende Massnahmen überprüft werden. Dies betreffe selbstverständlich nicht nur die Liegenschaft der Antragssteller, der Betrachtungsperimeter umfasse einen grösseren Abschnitt der Toggenburgerstrasse (was auch aus den Festlegungen im Richtplan hervorgehe). Der Stadtrat habe im Januar 2011 über die Projektorganisation und den Ablauf der Revision der Nutzungsplanung entschieden. Die notwendigen Abklärungen für die Beurteilung der beantragten Umzonung müssten in diesem Zusammenhang vorgenommen werden. Das wichtige öffentliche Interesse für eine vorgezogene Umzonung ist nach Auffassung des AREG nicht gegeben. Zweckmässig sei im Gegenteil eine sorgfältige Überprüfung des Zonenplans im Rahmen der anstehenden Gesamtrevision. Eine Zonenplanänderung im Bereich der Wohnzone entlang der Toggenburgerstrasse sollte als Ganzes geprüft werden. Die geplante Umzonung sei weder das Resultat einer grösseren städtebaulichen Arealplanung, noch handle es sich um ein unabhängiges Vorhaben ohne nachbarliche Relevanz. Ob allein die Erweiterung eines Shops



eine vorgezogene Umzonung rechtfertigen, werde in Frage gestellt. Das Herauslösen einer einzigen, vergleichsweise kleinen Parzelle aus der Gesamtrevision des Zonenplans ist nach Meinung des AREG problematisch und wenig zweckmässig, zumal es sich auch nicht um ein Vorhaben von öffentlichem Interesse handle.»

Gemäss Art. 2 lit. a BauR ist der Stadtrat zuständig für die Beurteilung des vorliegenden Gesuchs und die Einleitung des Planverfahrens. Das Verwaltungsverfahren ist vom Grundsatz der freien Beweiswürdigung bestimmt. Das bedeutet, dass der Stadtrat nicht an die Beurteilung des kantonalen Amtes für Raumentwicklung und Geoinformation gebunden ist. Die Abweichung von dieser Beurteilung wurde ausreichend begründet. Zusammengefasst ist der Stadtrat der Meinung, dass eine Entlassung aus der ÖBA für die erwähnte Teilfläche sinnvoll ist und den festgelegten Kriterien entspricht. Nach der Entlassung aus der ÖBA steht aufgrund der konkreten dem Richtplan entsprechenden Bauabsichten der Gesuchstellerin einer Umzonung in die dreigeschossige Wohn-Gewerbezone nichts entgegen.

#### Anträge des Stadtrats:

1. Der Teilzonenplan «Städeli» (Grundstück Nr. 1196) sei zu genehmigen.
2. Es sei festzustellen, dass der zustimmende Beschluss zu Ziffer 1 gemäss Art. 9 Abs. 1 lit. c Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum untersteht.

#### b) Zusammenfassung des Kurzberichts der vorberatenden Kommission

Die siebenköpfige, ständige Bau- und Verkehrskommission BVK unter dem Vorsitz von Luc Kauf (GRÜNE prowil) hat das Geschäft an zwei Sitzungen vorberaten, wobei Reto Gehrig (CVP) in den Ausstand trat. Eintreten war in der Kommission mit sechs Ja-Stimmen beschlossen worden. In der Kommissionsberatung wurden insbesondere die Vorprüfung und die Stellungnahme des Amtes für Raumentwicklung und Geoinformation erörtert. Diskutiert wurden daneben auch die zukünftige Zonierung und die Notwendigkeit, die fragliche Umzonung vorzuziehen.

Seitens der vorberatenden Kommission werden keine eigenen Anträge gestellt. Die Kommission stimmt dem Antrag 1 des Stadtrats mit vier Ja- zu zwei Nein-Stimmen zu. Der Antrag 2 wird mit sechs Ja- zu null Nein-Stimmen ebenfalls gutgeheissen.

#### c) Eintretensdebatte

Eintreten war nicht bestritten, sodass Parlamentspräsident Erwin Schweizer Eintreten zum Beschluss erhob.

#### d) Detailberatung

Die BVK sei überrascht gewesen, dass diese Tankstelle in der heutigen Zone gar nicht zonenkonform gewesen wäre, hielt Luc Kauf (GRÜNE prowil), Präsident der Bau- und Verkehrskommission BVK, einleitend fest. Mit dieser Vorlage soll dieser Umstand nun korrigiert werden; ein Abbruch sei nicht möglich, da für den Besitzer der Tankstelle Besitzstandswahrung gelte. Für die Umzonung bestehe ein öffentliches Interesse, zumal ansonsten allenfalls der Wegzug der Tankstelle mit Shop drohe. Dies erachte eine Mehrheit der Kommission als ausreichende Begründung, um dem Antrag bezüglich dieses Teilzonenplans Folge zu leiten.

Stadtrat Marcus Zunzer (Vorsteher des Departements Bau, Umwelt und Verkehr) verwies darauf, dass es sich bei der fraglichen Fläche um ein Rest-Grundstück der Tankstellenparzelle handle. Mit der Umzonung könne das Stück Land, das in der heutigen Form und Zone niemandem etwas nütze und auch nicht genutzt werden könne, sinnvoll verwendet werden. Dies entspreche auch dem Gebot der Verhältnismässigkeit.



Ruth Frick (CSP) hielt namens der CVP-Fraktion fest, dass bei der damaligen Baubewilligung für die Tankstelle ein Fehler gemacht worden sei

Katja Hegelbach (SP) stellte sich hinter die Argumentation des Kantons: Die Umzonung für eine Erweiterung des Tankstellenshops entspreche nicht öffentlichem Interesse, sondern dem Interesse Einzelner. Daher spreche sich die SP-Fraktion gegen den Antrag des Stadtrats aus – zumal kaum damit zu rechnen sei, dass Coop als Mieter dieser Liegenschaft den Mietvertrag an dieser Top-Lage aufgeben werde. Und falls doch, so sei sie überzeugt, dass die Ortsgemeinde als Besitzerin sehr rasch wieder einen neuen Mietvertrag abschliessen kann.

Die SVP werde einstimmig die stadträtlichen Anträge unterstützen, so Mario Schmitt (SVP). Die fragliche Parzelle liege heute in zwei Zonen – es mache Sinn, diese Parzelle in einer einheitlichen und inhaltlich richtigen Zone zusammen zuführen. Zudem äusserte Mario Schmitt Unverständnis, dass sich gewisse Mitglieder des Parlaments heute Abend «nur für wirtschaftsfeindliche Beschlüsse aussprechen».

Bruno Ressegatti (GRÜNE prowil) hielt fest, es gehe nicht an, eine nicht zonenkonforme Baute nachträglich noch mit einem solchen Teilzonenplan zonenkonform zu machen und sogar noch zusätzlich Land dazu zu schlagen. Die Fraktion GRÜNE prowil unterstütze die Sicht des Kantons und sprechen sich gegen den Teilzonenplan aus.

Die FDP-Fraktion unterstütze einstimmig die Anträge des Stadtrats, so Norbert Hodel (FDP). Sodann stellte er die kritische Frage, was denn – bei einer allfälligen Ablehnung des Teilzonenplans – mit diesem kleinen Parzellenstück in der Zone für öffentliche Bauten und Anlagen noch gemacht werden solle?

#### e) Abstimmungen

Der Stadtrat unterbreitet dem Stadtparlament folgenden Antrag:

1. Der Teilzonenplan «Parz. Nr. 1132» sei zu genehmigen.

*Der Antrag des Stadtrats wurde mit 20 Ja- zu 14 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen angenommen.*

2. Es sei festzustellen, dass der zustimmende Beschluss zu Ziffer 1 gemäss Art. 9 Abs. 1 lit. c Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum untersteht.

*Parlamentspräsident Erwin Schweizer stellte dies fest.*

#### Nicht mehr behandelte Geschäfte

Infolge der fortgeschrittenen Zeit wurden folgende traktandierten Geschäfte nicht mehr behandelt, sondern auf eine spätere Sitzung verschoben:

- 8. Teilzonenplan «Parz. Nrn. 2868, 2645 und 1023»
- 9. Erhöhung der Sicherheit im öffentlichen Raum / Nachtrag
- 10. Interpellation Guido Wick (GRÜNE prowil) - Preisgestaltung Biogas
- 11. Interpellation Christoph Hürsch (CVP) - Status Pensionskasse der politischen Gemeinde Wil / Vorgehen bei der Gemeindevereinigung Wil-Bronschhofen



Seite 17

- 12. Interpellation Christoph Hürsch (CVP) - Abgaben der TBW an die Stadt Wil ab 2013 / Teilbereich Elektrizitätsversorgung

#### Kommissionsbestellung

An der heutigen Sitzung wurden keine Kommissionen zur Vorberatung von Geschäften bestellt.

#### Parlamentarische Vorstösse

An der heutigen Sitzung des Stadtparlaments wurden folgende parlamentarischen Vorstösse eingereicht:

- Postulat Dario Sulzer (SP) – Ein Platz für Wil
- Interpellation Silvia Ammann (SP) – Wasser als Lebensgrundlage für viele statt für wenige
- Interpellation Erika Häusermann (glp) – Bauliche Anforderungen für Schulprovisorien (Antrag auf Dringlicherklärung)
- Interpellation Guido Wick (GRÜNE prowil) – Wil droht noch mehr Fluglärm
- Interpellation Guido Wick (GRÜNE prowil) – Preisgestaltung Biogas (Antrag auf Dringlicherklärung)

#### Schluss der Sitzung

Präsident Erwin Schweizer schloss die heutige Sitzung um 20.20 Uhr.